

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

#### I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 2413/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen .....	1
Verordnung (EWG) Nr. 2414/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden .....	3
Verordnung (EWG) Nr. 2415/90 der Kommission vom 20. August 1990 über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Erzeugnisse des Sektors Milch und Milcherzeugnisse .....	5
Verordnung (EWG) Nr. 2416/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 über den Ankauf von Rindfleisch durch Ausschreibung .....	6
Verordnung (EWG) Nr. 2417/90 der Kommission vom 20. August 1990 über die Lieferung von raffiniertem Rapsöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe .....	9
Verordnung (EWG) Nr. 2418/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in der Türkei .....	18
Verordnung (EWG) Nr. 2419/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2373/90 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in Zypern .....	19
Verordnung (EWG) Nr. 2420/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten .....	20
Verordnung (EWG) Nr. 2421/90 der Kommission vom 20. August 1990 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand .....	24

**Kommission**

90/437/EWG :

- ★ **Empfehlung der Kommission vom 27. Juni 1990 zur Beschränkung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in der Schaumkunststoffindustrie der Gemeinschaft** ..... 26

90/438/EWG :

- ★ **Empfehlung der Kommission vom 27. Juni 1990 zur Beschränkung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in der Kälteindustrie der Gemeinschaft** ..... 30

90/439/EWG :

- ★ **Richtlinie der Kommission vom 24. Juli 1990 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 82/471/EWG des Rates über bestimmte Erzeugnisse für die Tierernährung** ..... 33

90/440/EGKS :

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 25. Juli 1990 betreffend Ausnahmen von der Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde über die Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft (145. Ausnahmenentscheidung)** ..... 35

90/441/EGKS :

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 25. Juli 1990 betreffend Ausnahmen von der Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde über die Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft (146. Ausnahmenentscheidung)** ..... 37

90/442/EWG :

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 25. Juli 1990 zur Festlegung der Codes für die Meldung von Viehseuchen** ..... 39

## I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## VERORDNUNG (EWG) Nr. 2413/90 DER KOMMISSION

vom 20. August 1990

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen  
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1340/90<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13  
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90<sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen  
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu  
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1801/90 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-  
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der  
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-  
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung inHöhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-  
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser  
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-  
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter  
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der  
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in  
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während  
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der  
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-  
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-  
izienten festgestellt wird.Diese Wechselkurse sind die am 17. August 1990 festge-  
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle  
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich  
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
1801/90 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen  
Angebotspreise und Notierungen, von denen die  
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der  
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu  
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und  
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-  
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang  
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1990, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 167 vom 30. 6. 1990, S. 8.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. August 1990 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen	
	Portugal	Drittländer
0709 90 60	36,66	143,62 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
0712 90 19	36,66	143,62 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1001 10 10	14,02	184,44 <sup>(1)</sup> <sup>(5)</sup>
1001 10 90	14,02	184,44 <sup>(1)</sup> <sup>(5)</sup>
1001 90 91	21,81	154,54
1001 90 99	21,81	154,54
1002 00 00	47,31	125,74 <sup>(6)</sup>
1003 00 10	38,54	137,64
1003 00 90	38,54	137,64
1004 00 10	30,18	122,67
1004 00 90	30,18	122,67
1005 10 90	36,66	143,62 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1005 90 00	36,66	143,62 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1007 00 90	53,63	154,41 <sup>(4)</sup>
1008 10 00	38,54	55,52
1008 20 00	38,54	104,56 <sup>(4)</sup>
1008 30 00	38,54	11,94 <sup>(7)</sup>
1008 90 10	(7)	(7)
1008 90 90	38,54	11,94
1101 00 00	43,70	229,53
1102 10 00	79,41	189,21
1103 11 10	34,80	298,95
1103 11 90	47,01	247,71

- (<sup>1</sup>) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (<sup>2</sup>) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.
- (<sup>3</sup>) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ULG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.
- (<sup>4</sup>) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ULG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.
- (<sup>5</sup>) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (<sup>6</sup>) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.
- (<sup>7</sup>) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2414/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl  
und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 1340/90<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 15  
Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90<sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und  
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1802/90 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-  
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der  
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-  
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in  
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-  
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser

Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichti-  
gungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter  
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der  
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in  
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während  
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der  
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-  
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koef-  
fizienten festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 17. August 1990 festge-  
stellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden  
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,  
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-  
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

(1) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus  
Portugal hinzuzufügen sind, sind auf Null festgesetzt.

(2) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus  
Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festge-  
setzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

(1) ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

(2) ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1990, S. 1.

(3) ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

(4) ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

(5) ABl. Nr. L 167 vom 30. 6. 1990, S. 11.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. August 1990 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

## A. Getreide und Mehl

*(ECU/Tonne)*

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.
	8	9	10	11
0709 90 60	0	0	0	0,93
0712 90 19	0	0	0	0,93
1001 10 10	0	2,38	2,38	2,38
1001 10 90	0	2,38	2,38	2,38
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	1,32
1004 00 90	0	0	0	1,32
1005 10 90	0	0	0	0,93
1005 90 00	0	0	0	0,93
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	19,85	19,85	29,77
1008 90 90	0	19,85	19,85	29,77
1101 00 00	0	0	0	0

## B. Malz

*(ECU/Tonne)*

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.
	8	9	10	11	12
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2415/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder aus den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Erzeugnisse des Sektors Milch und Milchzeugnisse**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates  
vom 5. März 1990 über die Regelung für landwirtschaftliche  
Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen  
Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den  
Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifi-  
schen Ozean (AKP-Staaten) oder in den überseeischen  
Ländern und Gebieten (ÜLG) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel  
27,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr.  
1150/90 der Kommission <sup>(2)</sup> beschließt die Kommission,  
in welchem Maße den Anträgen auf Erteilung von  
Einfuhrlizenzen stattgegeben werden kann. Die betref-  
fende Einfuhr muß jedoch im Rahmen eines Kontingents  
getätigt werden.Die Lizenzerträge überschreiten die verfügbaren Mengen.  
Infolgedessen ist der Prozentsatz festzusetzen, um den die  
beantragten Mengen zu verringern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1150/90  
zwischen dem 1. und 10. August 1990 gestellten und der  
Kommission gemeldeten Lizenzanträge werden für die  
darin angegebenen Mengen, multipliziert mit dem Koeffi-  
zienten 0,9524, angenommen.Die Sicherheit wird entsprechend dem Unterschied  
zwischen der beantragten Menge und der Menge freige-  
geben, für die die Lizenz erteilt wurde.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im  
*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1990, S. 21.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2416/90 DER KOMMISSION**  
vom 20. August 1990  
zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 über den Ankauf von Rindfleisch durch Ausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 571/89 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 der Kommission vom 9. Juni 1989 über den Ankauf von Rindfleisch durch Ausschreibung <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2319/90 <sup>(4)</sup>, wurde in einigen Mitgliedstaaten oder Gebieten eines Mitgliedstaats der Ankauf mehrerer Qualitätsgruppen durch Ausschreibung eröffnet.

Die Anwendung von Artikel 6 Absätze 2, 3 und 5 erster Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 sowie die Notwendigkeit, die Intervention auf die Käufe zu beschränken, die für eine angemessene Marktstützung notwendig sind, hat unter Berücksichtigung der der

Kommission vorliegenden Notierungen die Änderung des Verzeichnisses der Mitgliedstaaten oder der Gebiete, in welchen der Ankauf durch Ausschreibung eröffnet ist, zur Folge. Sie erfordert außerdem die Änderung des Verzeichnisses der Qualitätsgruppen, die Gegenstand von Interventionsankäufen sind, gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Anhänge I und II der Verordnung (EWG) Nr. 1627/89 werden durch die Anhänge I und II der vorliegenden Verordnung ersetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 61 vom 4. 3. 1989, S. 43.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 159 vom 10. 6. 1989, S. 36.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 208 vom 7. 8. 1990, S. 23.

*ANEXO I — BILAG I — ANHANG I — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ I — ANNEX I — ANNEXE I —  
ALLEGATO I — BIJLAGE I — ANEXO I*

Estados miembros o regiones de Estados miembros y grupos de calidades previstos en el apartado 1 del artículo 1

Medlemsstater eller regioner og kvalitetsgrupper, jf. artikel 1, stk. 1

Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats sowie die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Qualitätsgruppen

Κράτη μέλη ή περιοχές κρατών μελών και ομάδες ποιότητας που αναφέρονται στο άρθρο 1 παράγραφος 1

Member States or regions of a Member State and quality groups referred to in Article 1 (1)

États membres ou régions d'États membres et groupes de qualités visés à l'article 1<sup>er</sup>, paragraphe 1

Stati membri o regioni di Stati membri e gruppi di qualità di cui all'articolo 1, paragrafo 1

In artikel 1 lid 1 bedoelde Lid-Staten of gebieden van een Lid-Staat en kwaliteitsgroepen

Estados-membros ou regiões de Estados-membros e grupos de qualidades referidos no nº 1 do artigo 1º

Estados miembros o regiones de Estados miembros Medlemsstat eller region Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats Κράτος μέλος ή περιοχές κράτους μέλους Member States or regions of a Member State États membres ou régions d'États membres Stati membri o regioni di Stati membri Lid-Staat of gebied van een Lid-Staat Estados-membros ou regiões de Estados-membros	Categoría A			Categoría C		
	U	R	O	U	R	O
Belgique/België		x	x			
Danmark		x	x			x
Deutschland	x	x				
España	x	x	x			
France	x	x	x			x
Italia		x	x			
Luxembourg		x	x			
Nederland		x				

*ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙ — ANNEX II — ANNEXE II —  
ALLEGATO II — BIJLAGE II — ANEXO II*

**Estados miembros o regiones de Estados miembros y grupos de calidades previstos en el apartado 2 del artículo 1**

**Medlemsstater eller regioner og kvalitetsgrupper, jf. artikel 1, stk. 2**

**Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats sowie die in Artikel 1 Absatz 2 genannten Qualitätsgruppen**

**Κράτη μέλη ή περιοχές κρατών μελών και ομάδες ποιότητας που αναφέρονται στο άρθρο 1 παράγραφος 2**

**Member States or regions of a Member State and quality groups referred to in Article 1 (2)**

**États membres ou régions d'États membres et groupes de qualités visés à l'article 1<sup>er</sup>, paragraphe 2**

**Stati membri o regioni di Stati membri e gruppi di qualità di cui all'articolo 1, paragrafo 2**

**In artikel 1 lid 2 bedoelde Lid-Staten of gebieden van een Lid-Staat en kwaliteitsgroepen**

**Estados-membros ou regiões de Estados-membros e grupos de qualidades referidos no nº 2 do artigo 1º**

	Categoría A			Categoría C		
	U	R	O	U	R	O
Estados miembros o regiones de Estados miembros						
Medlemsstat eller region						
Mitgliedstaaten oder Gebiete eines Mitgliedstaats						
Κράτος μέλος ή περιοχές κράτους μέλους						
Member States or regions of a Member State						
États membres ou régions d'États membres						
Stati membri o regioni di Stati membri						
Lid-Staat of gebied van een Lid-Staat						
Estados-membros ou regiões de Estados-membros						
Deutschland					×	×
Ireland				×	×	×
Northern Ireland				×	×	×
Great Britain				×	×	×

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2417/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**über die Lieferung von raffiniertem Rapsöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates  
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-  
politik und -verwaltung<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 1930/90<sup>(2)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom  
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-  
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 über die  
Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung<sup>(3)</sup> wurde die  
Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht  
kommenden Länder und Organisationen und der für die  
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-  
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über  
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Ländern und  
Empfängerorganisationen 3 470 Tonnen raffiniertes  
Rapsöl zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung  
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987  
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die

Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der  
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft<sup>(4)</sup>. Zu diesem  
Zweck sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedin-  
gungen sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich  
daraus ergebenden Kosten genauer festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft  
wird raffiniertes Rapsöl bereitgestellt zur Lieferung an die  
in den Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß der  
Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen  
aufgeführten Bedingungen. Die Zuteilung der Liefe-  
rungen erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger  
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-  
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem  
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten  
als nicht geschrieben.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-  
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*  
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

## ANHANG I

## PARTIEN A UND B

1. **Maßnahmen Nrn. (1):** 273/90 — 305/90
2. **Programm:** 1989
3. **Begünstigter:** Euronaid, Postbus 77, NL-2340 AB Oegstgeest
4. **Vertreter des Begünstigten (2):** Siehe ABl. Nr. C 103 vom 16. 4. 1987
5. **Bestimmungsort oder -land:** Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (4) (5) (6):**  
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 11, veröffentlichtes Verzeichnis (unter III A 1)
8. **Gesamtmenge:** 1 670 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien:** 2 (A: 900 Tonnen, B: 770 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (7) (8):**  
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 7, veröffentlichtes Verzeichnis (I 3 3);  
— Metallkanister von 5 Kilogramm  
— Die Metallkanister müssen folgende Aufschrift tragen: Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe:** frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 2. — 26. 10. 1990
18. **Lieferfrist:** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (9):** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 4. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 5. 9. 1990, 24 Uhr
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 18. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 19. 9. 1990, 24 Uhr
  - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 16. 10. — 9. 11. 1990
  - c) **Lieferfrist:** —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (9):**  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, 200,  
rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B / 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers:** —

## PARTIE C

1. **Maßnahme Nr. (1):** 186/90
2. **Programm:** 1990
3. **Begünstigter:** UNHCR (M. Gaudé) — Case postale 2500, CH-1211 Genève 2 Dépôt, Tel.: 739 84 80, Telex: 412404 HCR CH
4. **Vertreter des Begünstigten (2):** Croissant Rouge Algérien, 15 bis, boulevard Mohamed V, Alger, Telex: 52914
5. **Bestimmungsort oder -land:** Algerien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (6) (7):**  
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 11, veröffentlichtes Verzeichnis (unter III A 1)
8. **Gesamtmenge:** 500 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (10):**  
Siehe ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 7 (I 3 3)  
— Metallkanister von 5 Kilogramm; 4 Kanister pro Karton  
— Die Metallkanister und Kartons müssen folgende Aufschrift tragen:  
„ACTION N° 186/90 / HUILE DE COLZA / DON DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE / PROGRAMME DU HCR POUR LES RÉFUGIÉS EN ALGÉRIE / DATE DE FABRICATION... / DATE D'EXPIRATION:...”
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Arzew
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 9. 10. — 6. 11. 1990
18. **Lieferfrist:** 27. 11. 1990
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (9):** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 4. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 5. 9. 1990, 24 Uhr
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 11. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 12. 9. 1990, 24 Uhr
  - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 23. 10. — 20. 11. 1990
  - c) **Lieferfrist:** 4. 12. 1990
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (8):**  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B oder 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers:** —

## PARTIE D

1. **Maßnahme Nr. (1):** 198/90
2. **Programm:** 1990
3. **Begünstigter:** UNHCR (M. Gaudé) — Case postale 2500, CH-1211 Genève 2 Dépôt, Tel.: 739 84 80, Telex: 412404 HCR CH
4. **Vertreter des Begünstigten (2):** The Representative UNHCR Branch Office in the Sudan, Cemetery Road Opposite SL Nr. 1, Dium East Khartoum, PO Box 2560, Telex: 22431 HCR SD
5. **Bestimmungsort oder -land:** Sudan
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (6) (7):**  
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 11, veröffentlichtes Verzeichnis (unter III A 1)
8. **Gesamtmenge:** 1 300 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (10):**  
Siehe ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 7 (I 3 3)  
— Metallkanister von 1 Liter oder Kilogramm; 20 Kanister pro Karton  
— Die Metallkanister und Kartons müssen folgende Aufschrift tragen:  
„ACTION No 198/90 / VEGETABLE OIL / GIFT OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY / UNHCR PROGRAMME FOR REFUGEES IN THE SUDAN / DATE OF PRODUCTION: ..., DATE OF EXPIRY: ...”
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Port Sudan
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 9. 10. — 16. 11. 1990
18. **Lieferfrist:** 27. 11. 1990
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (9):** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 4. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 5. 9. 1990, 24 Uhr
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 11. 9. 1990, 12 Uhr;  
die Angebote gelten bis zum 12. 9. 1990, 24 Uhr
  - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 23. 10. — 20. 11. 1990
  - c) **Lieferfrist:** 4. 12. 1990
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (8):**  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/58, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B oder 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers:** —

*Vermerke:*

- (1) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (2) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierender Vertreter der Kommission:  
Siehe im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 227 vom 7. September 1985, Seite 4, veröffentlichtes Verzeichnis.
- (3) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind.  
In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 anzugeben.
- (4) Lieferung in Containern von 20 Fuß, Bedingungen FCL/LCL. Der Lieferant übernimmt die Kosten für das Verbringen frei Terminal im Verladehafen, gestapelt. Der Empfänger übernimmt die folgenden Verladekosten, auch die für den Abtransport der Container vom Terminal. Artikel 13 Ziffer 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht anwendbar.  
Der Zuschlagsempfänger muß dem Empfänger eine vollständige Ladeliste eines jeden Containers übermitteln, in der die Anzahl Kartons aufgeführt ist, die zu jeder in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführten Verladenummer gehören.  
Der Zuschlagsempfänger muß jeden Container mit einer nummerierten Plombe verschließen, deren Nummer dem Spediteur des Begünstigten mitgeteilt wird.
- (5) Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an:  
MM. De Keyzer & Schütz BV, Postbus 1438, Blaak 16, NL-3000 BK Rotterdam.
- (6) Der Zuschlagsempfänger übermittelt dem Vertreter des Empfängers bei der Lieferung ein Gesundheitszeugnis.
- (7) Der Zuschlagsempfänger übermittelt dem Vertreter des Empfängers bei der Lieferung ein Ursprungszeugnis.
- (8) Um den Fernschreiber nicht zu überlasten, werden die Bieter gebeten, den Nachweis der Stellung der in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 aufgeführten Ausschreibungsgarantie vor dem in Ziffer 20 dieser Anhänge angegebenen Zeitpunkt vorzugsweise wie folgt zu erbringen:  
— entweder durch Boten an das in Ziffer 24 dieser Anhänge aufgeführte Büro,  
— oder per Telefax an eine der folgenden Nummern in Brüssel:  
— 235 01 32,  
— 236 10 97,  
— 235 01 30,  
— 236 20 05.
- (9) Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe g) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht auf die Einreichung der Angebote anwendbar.
- (10) In bezug auf Verpackung und Haltbarmachung gelten die im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 216 vom 14. August 1987, Seite 7, für Butteroil festgelegten Bestimmungen (I 3 3). Allerdings wird keine luftdichte Verschlößung unter Stickstoffatmosphäre gefordert.

ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II — ANNEX II — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II — ANEXO II

Designación de la partida Parti Bezeichnung der Partie Χαρακτηρισμός της παρτίδας Lot Désignation de la partie Designazione della partita Aanduiding van de partij Designação da parte	Cantidad total de la partida (en toneladas) Totalmængde (i tons) Gesamtmenge der Partie (in Tonnen) Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους) Total quantity (in tonnes) Quantité totale de la partie (en tonnes) Quantità totale della partita (in tonnellate) Totale hoeveelheid van de partij (in ton) Quantidade total (em toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (i tons) Teilmengen (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους) Partial quantities (in tonnes) Quantités partielles (en tonnes) Quantitativi parziali (in tonnellate) Deelhoeveelheden (in ton) Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiario Modtager Empfänger Δικαιούχος Beneficiary Bénéficiaire Beneficiario Begunstigde Beneficiário	País destinatario Modtagerland Bestimmungsland Χώρα προορισμού Recipient country Pays destinataire Paese destinatario Bestemmingsland País destinatário	Inscripción en el embalaje Emballagens påtegning Aufschrift auf der Verpackung Ένδειξη επί της συσκευασίας Markings on the packaging Inscription sur l'emballage Iscrizione sull'imballaggio Aanduiding op de verpakking Inscrição na embalagem
A	900	15	Caritas B	Bolivia	Acción nº 273/90 / Aceite vegetal / Caritas Bélgica / 900213 / Potosí vía Antofagasta / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		60	Caritas Española	Ecuador	Acción nº 274/90 / Aceite vegetal / Caritas Española / 906000 / Quito vía Guayaquil / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	Caritas B	Perú	Acción nº 275/90 / Aceite vegetal / Caritas Bélgica / 900214 / Lima vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		105	Caritas N	Perú	Acción nº 276/90 / Aceite vegetal / Caritas Neerlandesa / 900312 / Ayacucho vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	Prosalus	Perú	Acción nº 277/90 / Aceite vegetal / Prosalus / 905503 / Chachapoyas vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	Prosalus	Perú	Acción nº 278/90 / Aceite vegetal / Prosalus / 905504 / Arequipa vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	Prosalus	Perú	Acción nº 279/90 / Aceite vegetal / Prosalus / 905505 / Lima vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		30	Caritas D	Perú	Acción nº 280/90 / Aceite vegetal / Caritas Denmark / 905800 / Lima vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita

Designación de la partida Parti Bezeichnung der Partie Χαρακτηρισμός της παρτίδας Lot Désignation de la partie Designazione della partita Aanduiding van de partij Designação da parte	Cantidad total de la partida (en toneladas) Totalmængde (i tons) Gesamtmenge der Partie (in Tonnen) Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους) Total quantity (in tonnes) Quantité totale de la partie (en tonnes) Quantità totale della partita (in tonnellate) Totale hoeveelheid van de partij (in ton) Quantidade total (em toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (i tons) Teilmengen (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους) Partial quantities (in tonnes) Quantités partielles (en tonnes) Quantitativi parziali (in tonnellate) Deelhoeveelheden (in ton) Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiario Modtager Empfänger Δικαιούχος Beneficiary Bénéficiaire Beneficiario Begunstigde Beneficiário	País destinatario Modtagerland Bestimmungsland Χώρα προορισμού Recipient country Pays destinataire Paese destinatario Bestemmingsland País destinatário	Inscripción en el embalaje Emballagens påtegning Aufschrift auf der Verpackung Ένδειξη επί της συσκευασίας Markings on the packaging Inscription sur l'emballage Iscrizione sull'imballaggio Aanduiding op de verpakking Inscrição na embalagem
		15	PDF	Perú	Acción nº 281/90 / Aceite vegetal / PDF / 907101 / Lima vía Callao / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		45	CRS	Dominica	Action No 282/90 / Vegetable oil / Cathwel / 900113 / Roseau via Woodbridge Bay / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		30	CAM	Guatemala	Acción nº 283/90 / Aceite vegetal / CAM / 902008 / Guatemala ciudad vía Santo Tomas de Castilla / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	Oxfam B	República Dominicana	Acción nº 284/90 / Aceite vegetal / Oxfam B / 900805 / Santo Domingo / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		15	CAM	República Dominicana	Acción nº 285/90 / Aceite vegetal / CAM / 902007 / Barahona vía Santo Domingo / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		60	Prosalus	República Dominicana	Acción nº 286/90 / Aceite vegetal / Prosalus / 905517 / Ysura Azua vía Santo Domingo / Donación de la Comunidad Económica Europea / Destinado a la distribución gratuita
		30	Cinterad	Bénin	Action nº 287/90 / Huile végétale / Cinterad / 903403 / Adjaha via Cotonou / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		120	Caritas B	Burkina Faso	Action nº 288/90 / Huile végétale / Caritas Belgica / 900209 / Bobo Dioulasso via Abidjan / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		15	SSI	Burkina Faso	Action nº 289/90 / Huile végétale / SSI / 903005 / Ouahigouya via Abidjan / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite

Designación de la partida Parti Bezeichnung der Partie Χαρακτηρισμός της παρτίδας Lot Désignation de la partie Designazione della partita Aanduiding van de partij Designação da parte	Cantidad total de la partida (en toneladas) Totalmængde (i tons) Gesamtmenge der Partie (in Tonnen) Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους) Total quantity (in tonnes) Quantité totale de la partie (en tonnes) Quantità totale della partita (in tonnellate) Totale hoeveelheid van de partij (in ton) Quantidade total (em toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (i tons) Teilmengen (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους) Partial quantities (in tonnes) Quantités partielles (en tonnes) Quantitativi parziali (in tonnellate) Deelhoeveelheden (in ton) Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiario Modtager Empfänger Δικαιούχος Beneficiary Bénéficiaire Beneficiario Begunstigde Beneficiário	País destinatario Modtagerland Bestimmungsland Χώρα προορισμού Recipient country Pays destinataire Paese destinatario Bestemmingsland País destinatário	Inscripción en el embalaje Emballagens påtegning Aufschrift auf der Verpackung Ένδειξη επί της συσκευασίας Markings on the packaging Inscription sur l'emballage Iscrizione sull'imballaggio Aanduiding op de verpakking Inscrição na embalagem
		60	Cinterad	Burkina Faso	Action n° 290/90 / Huile végétale / Cinterad / 903404 / Lomé / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		15	Caritas I	Guiné-Bissau	Acção n° 291/90 / Óleo vegetal / Caritas Italiana / 900609 / Bissau / Donativo da Comunidade Económica Europeia / Destinado à distribuição gratuita
		15	Caritas F	Mali	Action n° 292/90 / Huile végétale / Caritas France / 900504 / Mopti via Abidjan / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		9	SSI	Mali	Action n° 293/90 / Huile végétale / SSI / 903003 / Bamako via Abidjan / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		66	Cinterad	Mali	Action n° 294/90 / Huile végétale / Cinterad / 903405 / Nioro via Abidjan / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		60	SSI	Niger	Action n° 295/90 / Huile végétale / SSI / 903004 / Niamey via Lomé / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		60	AATM	Togo	Action n° 296/90 / Huile végétale / AATM / 901713 / Dapaong via Lomé / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
B	770	60	Caritas N	Angola	Acção n° 297/90 / Óleo vegetal / Caritas Neerlandica / 900314 / Luanda / Donativo da Comunidade Económica Europeia / Destinado à distribuição gratuita
		40	Caritas N	Angola	Acção n° 298/90 / Óleo vegetal / Caritas Neerlandica / 900325 / Lobito / Donativo da Comunidade Económica Europeia / Destinado à distribuição gratuita

Designación de la partida Parti Bezeichnung der Partie Χαρακτηρισμός της παρτίδας Lot Désignation de la partie Designazione della partita Aanduiding van de partij Designação da parte	Cantidad total de la partida (en toneladas) Totalmængde (i tons) Gesamtmenge der Partie (in Tonnen) Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους) Total quantity (in tonnes) Quantité totale de la partie (en tonnes) Quantità totale della partita (in tonnellate) Totale hoeveelheid van de partij (in ton) Quantidade total (em toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (i tons) Teilmengen (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους) Partial quantities (in tonnes) Quantités partielles (en tonnes) Quantitativi parziali (in tonnellate) Deelhoeveelheden (in ton) Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiario Modtager Empfänger Δικαιούχος Beneficiary Bénéficiaire Beneficiario Begunstigde Beneficiário	País destinatario Modtagerland Bestimmungsland Χώρα προορισμού Recipient country Pays destinataire Paese destinatario Bestemmingsland País destinatário	Inscripción en el embalaje Emballagens påtegning Aufschrift auf der Verpackung Ένδειξη επί της συσκευασίας Markings on the packaging Inscription sur l'emballage Iscrizione sull'imballaggio Aanduiding op de verpakking Inscrição na embalagem
		15	Caritas B	Rwanda	Action n° 299/90 / Huile végétale / Caritas Belgica / 900211 / Kigali via Mombasa / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite
		210	Caritas I	Malawi	Action No 300/90 / Vegetable oil / Caritas Italiana / 900608 / Lilongwe via Dar es Salaam / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		60	CAM	India	Action No 301/90 / Vegetable oil / CAM / 902011 / Bombay / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		105	GFSS	India	Action No 302/90 / Vegetable oil / GFSS / 903501 / Bombay / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		15	SBLB	India	Action No 303/90 / Vegetable oil / SBLB / 904507 / Ottapidaram via Tuticorin / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		85	CRS	Pakistan	Action No 304/90 / Vegetable oil / Cathwel / 900103 / Islamabad via Karachi / Gift of the European Economic Community / For free distribution
		135	Oxfam B	Vietnam	Action No 305/90 / Vegetable oil / Oxfam B / 900807 / Ho Chi Minh City / Gift of the European Economic Community / For free distribution

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2418/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in der Türkei**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates  
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 1193/90 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 2386/90 der Kommission <sup>(3)</sup>  
hat bei der Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in der  
Türkei eine Ausgleichsabgabe festgesetzt.Bei der gegenwärtigen Entwicklung der Notierungen, die  
für die Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei auf den in  
der Verordnung (EWG) Nr. 2118/74 der Kommission <sup>(4)</sup>,  
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.3811/85 <sup>(5)</sup>, erwähnten repräsentativen Märkten festgestellt  
und gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung festge-  
setzt oder berechnet werden, läßt sich feststellen, daß sich  
die Einfuhrpreise während zweier aufeinanderfolgender  
Marktstage auf einem Stand befunden haben, der zumin-  
dest gleich dem des Referenzpreises war. Die in Artikel  
26 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG)  
Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für die Aufhe-  
bung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von diesen  
Erzeugnissen mit Ursprung in der Türkei sind daher  
erfüllt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Verordnung (EWG) Nr. 2386/90 wird aufgehoben.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 43.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 220 vom 15. 8. 1990, S. 21.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2419/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2373/90 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in Zypern****DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1193/90<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Durch die Verordnung (EWG) Nr. 2373/90 der Kommission<sup>(3)</sup> ist eine Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in Zypern eingeführt worden.

Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 hat die Bedingungen festgelegt, unter denen eine in Anwendung des Artikels 25 der genannten Verordnung festgesetzte Ausgleichsabgabe geändert wird. Aufgrund dieser Bedingungen wird die Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Tafeltrauben mit Ursprung in Zypern geändert —

**HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:***Artikel 1*

Der in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2373/90 erwähnte Betrag von 1,40 ECU wird durch den Betrag von 10,97 ECU ersetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 43.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 219 vom 14. 8. 1990, S. 41.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2420/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates  
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer  
gemeinsamen Marktorganisation für Fette<sup>(1)</sup>, zuletzt geän-  
dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2902/89<sup>(2)</sup>, insbe-  
sondere auf Artikel 27 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) 2350/90<sup>(4)</sup>,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates  
vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaß-  
nahmen für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblu-  
menkerne<sup>(5)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2206/90<sup>(6)</sup>, insbesondere auf Artikel 2  
Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG  
vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)  
Nr. 2240/90 Kommission<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 2374/90<sup>(8)</sup>, festgesetzt.

Die Kürzung der Beihilfe, die sich gegebenenfalls aus der  
Anwendung der Regelung der garantierten Höchst-  
mengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt, wurde  
noch nicht festgesetzt. Der für das Wirtschaftsjahr  
geltende Beihilfebetrug wurde vorläufig aufgrund der für

das Wirtschaftsjahr 1989/90 geltenden Kürzung  
berechnet.

Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG)  
Nr. 2240/90 genannten Modalitäten auf die Angaben,  
über die die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich,  
daß die zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen  
zu dieser Verordnung angegeben zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse  
gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG)  
Nr. 2681/83 der Kommission<sup>(9)</sup> sind in den Anhängen  
festgesetzt.

(2) Der Betrag der Ausgleichsbeihilfe gemäß Artikel 14  
der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 des Rates<sup>(10)</sup> für in  
Spanien geerntete Sonnenblumenkerne wird im Anhang  
III festgesetzt.

(3) Die mit der Verordnung (EWG) Nr. 1920/87 des  
Rates<sup>(11)</sup> für in Portugal geerntete und verarbeitete  
Sonnenblumenkerne vorgesehene Sonderbeihilfe ist in  
Anhang III festgesetzt.

(4) Die Höhe der Beihilfe im Falle der Vorausfestset-  
zung für das Wirtschaftsjahr 1990/91 bei Raps- und  
Rübsensamen und Sonnenblumenkernen wird mit  
Wirkung vom 21. August 1990 bestätigt oder geändert,  
um der Anwendung der Regelung der garantierten  
Höchstmengen für dieses Wirtschaftsjahr Rechnung zu  
tragen.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 2.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 215 vom 10. 8. 1990, S. 8.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1988, S. 11.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 203 vom 1. 8. 1990, S. 28.

<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 219 vom 14. 8. 1990, S. 43.

<sup>(9)</sup> ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.

<sup>(10)</sup> ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 47.

<sup>(11)</sup> ABl. Nr. L 183 vom 3. 7. 1987, S. 18.

## ANHANG I

## Beihilfen für Raps- und Rübsensamen, andere als „Doppelnull“-Sorten

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 8 (1)	1. Term. 9 (1)	2. Term. 10 (1)	3. Term. 11 (1)	4. Term. 12 (1)	5. Term. 1 (1)
<b>1. Bruttobeihilfen (ECU):</b>						
— Spanien	1,750	1,750	1,750	1,750	1,750	23,943
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	26,853
— Andere Mitgliedstaaten	25,919	25,690	25,482	25,194	25,469	25,453
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>						
<b>a) Samen, geerntet und verarbeitet in:</b>						
— Deutschland (DM)	60,68	60,14	59,66	58,98	59,63	59,71
— Niederlande (hfl)	68,37	67,77	67,22	66,46	67,18	67,30
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 251,55	1 240,49	1 230,45	1 216,54	1 229,82	1 229,74
— Frankreich (ffrs)	203,51	201,71	200,08	197,82	199,98	199,85
— Dänemark (dkr)	231,46	229,41	227,56	224,98	227,44	227,30
— Irland (Ir £)	22,651	22,450	22,269	22,017	22,257	22,243
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	20,028	19,846	19,657	19,389	19,604	19,492
— Italien (Lit)	45 402	45 000	44 636	44 132	44 613	44 578
— Griechenland (Dr)	5 469,24	5 413,03	5 336,85	5 241,77	5 302,13	5 210,86
<b>b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>						
— in Spanien (Pta)	267,57	267,57	267,57	267,57	267,57	3 748,90
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 838,46	3 805,45	3 771,81	3 725,59	3 767,37	3 748,90
<b>c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>						
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5 525,80
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	5 659,62	5 612,38	5 569,48	5 499,74	5 556,64	5 525,80

(1) Vorbehaltlich der Kürzung, die sich aus der Regelung der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.

## ANHANG II.

## Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnul“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 8 (1)	1. Term. 9 (1)	2. Term. 10 (1)	3. Term. 11 (1)	4. Term. 12 (1)	5. Term. 1 (1)
<b>1. Bruttobeihilfen (ECU):</b>						
— Spanien	4,250	4,250	4,250	4,250	4,250	26,443
— Portugal	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500	29,353
— Andere Mitgliedstaaten	28,419	28,190	27,982	27,694	27,969	27,953
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>						
<b>a) Samen, geerntet und verarbeitet in:</b>						
— Deutschland (DM)	66,53	66,00	65,51	64,84	65,48	65,57
— Niederlande (hfl)	74,97	74,36	73,81	73,05	73,78	73,89
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 372,27	1 361,21	1 351,17	1 337,26	1 350,54	1 350,46
— Frankreich (ffrs)	223,14	221,34	219,71	217,45	219,61	219,48
— Dänemark (dkr)	253,78	251,74	249,88	247,31	249,77	249,62
— Irland (Ir £)	24,835	24,635	24,453	24,202	24,442	24,428
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	21,977	21,795	21,606	21,338	21,553	21,441
— Italien (Lit)	49 781	49 380	49 015	48 511	48 992	48 957
— Griechenland (Dr)	6 012,59	5 956,39	5 880,20	5 785,12	5 845,49	5 754,21
<b>b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>						
— in Spanien (Pta)	649,81	649,81	649,81	649,81	649,81	4 131,14
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	4 220,70	4 187,69	4 154,05	4 107,83	4 149,61	4 131,14
<b>c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>						
— in Portugal (Esc)	517,26	517,26	517,26	517,26	517,26	6 043,06
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	6 176,88	6 129,64	6 086,73	6 016,99	6 073,90	6 043,06

(1) Vorbehaltlich der Kürzung, die sich aus der Regelung der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.

## ANHANG III

## Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 8 <sup>(1)</sup>	1. Term. 9 <sup>(1)</sup>	2. Term. 10 <sup>(1)</sup>	3. Term. 11 <sup>(1)</sup>	4. Term. 12 <sup>(1)</sup>
<b>1. Bruttobeihilfen (ECU):</b>					
— Spanien	8,600	8,600	8,600	8,600	8,600
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	33,974	34,253	33,738	34,069	34,400
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>					
<b>a) Kerne, geerntet und verarbeitet in<sup>(2)</sup>:</b>					
— Deutschland (DM)	79,54	80,19	78,99	79,76	80,53
— Niederlande (hfl)	89,62	90,35	89,00	89,87	90,74
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 640,50	1 653,97	1 629,10	1 645,09	1 661,07
— Frankreich (ffrs)	266,76	268,95	264,91	267,50	270,10
— Dänemark (dkr)	303,39	305,88	301,28	304,24	307,19
— Irland (Ir £)	29,690	29,934	29,484	29,773	30,062
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	26,283	26,505	26,069	26,292	26,551
— Italien (Lit)	59 511	60 000	59 098	59 678	60 257
— Griechenland (Dr)	7 197,84	7 258,71	7 108,32	7 155,54	7 228,26
<b>b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>					
— in Spanien (Pta)	1 314,91	1 314,91	1 314,91	1 314,91	1 314,91
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	4 563,61	4 603,82	4 525,39	4 568,31	4 618,58
<b>c) Kerne, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>					
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in Spanien (Esc)	7 956,11	8 014,95	7 906,34	7 965,16	8 035,18
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	7 782,22	7 839,77	7 733,54	7 791,07	7 859,56
<b>3. Ausgleichsbeihilfen:</b>					
— für Spanien (Pta)	4 537,40	4 577,62	4 499,18	4 542,10	4 592,37
<b>4. Sonderbeihilfe:</b>					
— für Portugal (Esc)	7 782,22	7 839,77	7 733,54	7 791,07	7 859,56

<sup>(1)</sup> Vorbehaltlich der Kürzung, die sich aus der Regelung der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.<sup>(2)</sup> Für die in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0223450 zu multiplizieren.

## ANHANG IV

Umrechnungskurse des Ecu, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 8	1. Term. 9	2. Term. 10	3. Term. 11	4. Term. 12	5. Term. 1
DM	2,069160	2,065660	2,062300	2,059030	2,059030	2,050440
hfl	2,331310	2,327520	2,323690	2,319970	2,319970	2,309270
bfrs/lfrs	42,573800	42,531100	42,490300	42,442000	42,442000	42,314500
ffrs	6,941200	6,938140	6,935410	6,933710	6,933710	6,926560
dkr	7,894150	7,895560	7,895650	7,895600	7,895600	7,887710
Ir £	0,771509	0,771375	0,771593	0,771499	0,771499	0,773032
£ Stg	0,695017	0,697773	0,700219	0,702571	0,702571	0,709026
Lit	1 516,61	1 517,67	1 519,05	1 520,39	1 520,39	1 524,70
Dr	203,25200	204,52100	206,63800	208,36500	208,36500	214,27600
Esc	182,32700	182,74500	183,23300	183,96300	183,96300	185,83000
Pta	126,92500	127,38800	127,80100	128,22300	128,22300	129,34700

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 2421/90 DER KOMMISSION**

vom 20. August 1990

**zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates  
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Zucker <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1069/89 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 19 Absatz  
4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und  
Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 2384/90 der Kommission <sup>(3)</sup>, festgesetzt.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)  
Nr. 2384/90 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben,  
über die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu,  
daß die derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entspre-  
chend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind.Unter den sich bezüglich der Deutschen Demokratischen  
Republik ergebenden Umständen und angesichts ihrerAuswirkungen auf den Markt, sollte für nach diesem  
Bestimmungsland auszuführende Erzeugnisse keine  
Erstattung festgesetzt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

(1) Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem  
Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der  
Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht  
denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2384/90 festgesetzt wurden, werden wie  
im Anhang angegeben geändert.

(2) Es wurde keine Erstattung für die Ausfuhr nach der  
Deutschen Demokratischen Republik festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. August 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. August 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 114 vom 27. 4. 1989, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 220 vom 15. 8. 1990, S. 18.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. August 1990 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

(in ECU)

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung	
	je 100 kg	je 1 v. H. Saccharosegehalt je 100 kg des betreffenden Erzeugnisses
1701 11 90 100	32,61 <sup>(1)</sup>	
1701 11 90 910	31,36 <sup>(1)</sup>	
1701 11 90 950	<sup>(2)</sup>	
1701 12 90 100	32,61 <sup>(1)</sup>	
1701 12 90 910	31,36 <sup>(1)</sup>	
1701 12 90 950	<sup>(2)</sup>	
1701 91 00 000		0,3545
1701 99 10 100	35,45	
1701 99 10 910	35,43	
1701 99 10 950	35,43	
1701 99 90 100		0,3545

<sup>(1)</sup> Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 766/68 errechnet.

<sup>(2)</sup> Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

## II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## KOMMISSION

## EMPFEHLUNG DER KOMMISSION

vom 27. Juni 1990

zur Beschränkung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in der  
Schaumkunststoffindustrie der Gemeinschaft

(90/437/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 155,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten hat die Gemein-  
schaft das Wiener Übereinkommen zum Schutz der  
Ozonschicht unterzeichnet.

Gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten hat die Gemein-  
schaft das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem  
Abbau der Ozonschicht führen, unterzeichnet.

Der Rat hat am 14. Oktober 1988 die Entscheidung  
88/540/EWG <sup>(1)</sup> über den Abschluß und die Ratifizierung  
des Wiener Übereinkommens und des Montrealer Proto-  
kolls erlassen.

Am 14. Oktober 1988 hat der Rat die Verordnung (EWG)  
Nr. 3322/88 <sup>(2)</sup> zur Durchführung des Montrealer Proto-  
kolls auf Gemeinschaftsebene erlassen.

Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen haben bestä-  
tigt, daß ein Abbau der Ozonschicht bereits in einem  
gewissen Umfang eingetreten ist und daß sich die beob-  
achteten Veränderungen ganz oder teilweise auf eine  
erhöhte Belastung der Atmosphäre mit Spurengasen,  
insbesondere mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen, zurück-  
führen lassen.

Es ist wichtig, daß die Fluorchlorkohlenwasserstoffe in  
Anhang I und die Halone in allen Bereichen ihrer  
Verwendung soweit irgend möglich ersetzt werden.

Einige Mitgliedstaaten haben mit Vertretern ihrer  
Schaumkunststoffindustrie freiwillige Vereinbarungen

über eine schrittweise Verringerung im Hinblick auf eine  
etwaige Beseitigung der in Anhang I aufgeführten  
Fluorchlorkohlenwasserstoffe aus diesen Erzeugnissen  
getroffen.

In der EntschlieÙung des Rates vom 14. Oktober 1988 zur  
Begrenzung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwas-  
serstoffen und Halonen <sup>(3)</sup> wird die Kommission aufgefor-  
dert, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten  
Gespräche über freiwillige Vereinbarungen auf Gemein-  
schaftsebene mit allen betroffenen Industriezweigen  
aufzunehmen, damit in allen Fällen, in denen dies  
möglich ist, die im Anhang I aufgeführten FCKW und  
Halone in Erzeugnissen, Geräten oder bei Arbeitspro-  
zessen ersetzt werden.

Solange es noch keine neuen Stoffe gibt, werden die in  
Anhang II genannten Einschränkungen von der kommer-  
ziellen Verfügbarkeit und Verwendung alternativer Stoffe  
abhängen, die ein positives, aber relativ geringes Ozonab-  
baupotential (ODP) besitzen und auch in anderer  
Hinsicht umweltverträglich sind.

Der Ministerrat kam am 2. März 1989 zu dem Schluß, daß  
der gegenwärtige Umfang der Produktion und Verwen-  
dung der unter das Montrealer Protokoll fallenden FCKW  
so bald wie möglich um mindestens 85 % eingeschränkt  
werden müsse mit dem Ziel, diese Stoffe schrittweise bis  
zum Ende des Jahrhunderts vollständig abzuschaffen. Das  
Montrealer Protokoll müÙte entsprechend verschärft  
werden —

EMPFIEHLT :

I. allen Herstellern von Schaumkunststoffen in der  
Gemeinschaft,

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. C 285 vom 9. 11. 1988, S. 1.

1. den Verbrauch der in Anhang I aufgeführten durchhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die in der Schaumkunststoffindustrie verwendet werden, einzuschränken mit dem Ziel, diese Stoffe schrittweise bis zum Ende dieses Jahrhunderts abzuschaffen ;
  2. den Verbrauch von durchhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen im Vergleich zum Verbrauch 1986 bis Ende 1991 um mindestens 35 % und bis Ende 1993 um mindestens 65 % zu verringern. 1986 lag der Verbrauch der in Anhang I aufgeführten Fluorchlorkohlenwasserstoffe bei der Schaumkunststoffherstellung in der Gemeinschaft bei 85 400 Tonnen, gewichtet nach dem Ozonabbaupotential. In Anhang II sind die oben genannten Einschränkungen, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Zweigen der Schaumkunststoffindustrie, dargestellt. Weitere Einschränkungen können anhand der jährlichen Verkaufszahlen für die im Anhang I aufgeführten Stoffe, die die Hersteller in der Gemeinschaft veröffentlichen, überwacht werden ;
- II. den in Anhang III aufgeführten Verbänden,
1. sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, daß die Schaumkunststoffindustrie in der Gemeinschaft die Verwendung kontrollierter Stoffe auf ein Mindestmaß reduziert und die in Ziffer I Nummer 2 genannten Einschränkungen durchführt ;
  2. sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, daß die Schaumkunststoffindustrie in der Gemeinschaft die Verwendung kontrollierter Stoffe auf ein Mindestmaß reduziert und die im Anhang II genannten Einschränkungen durchführt ;
  3. der Kommission ab 1989 einen Jahresbericht über die erzielten Fortschritte im Hinblick auf die obengenannten angestrebten Einschränkungen vorzulegen, der — soweit möglich — auch statistische Angaben enthalten soll ;
- III. den in der Gemeinschaft ansässigen Herstellern von Rohstoffen für die Schaumkunststoffe, für die einer der in Anhang I aufgeführten durchhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibmittel verwendet wird, sowie den Herstellern dieser Treibmittel und den in Anhang IV aufgeführten Verbänden dieser beiden Industriezweige,
1. die Entwicklung von Materialien, Ausgangsgemischen und Technologien für die kommerzielle Herstellung von Schaumkunststoffen mit einer geringeren Menge der in Anhang I aufgeführten Stoffe voranzutreiben und die Verwendung dieser Materialien, Ausgangsgemische und Technologien für die Herstellung von Schaumkunststoffen zu fördern ;
  2. Forschungs- und Entwicklungsprogramme mit dem Ziel der Bereitstellung umweltverträglicher Materialien und Technologien durchzuführen, um Schaumkunststoffe kommerziell herstellen zu können, die keine der in Anhang I aufgeführten Stoffe enthalten ;
  3. der Kommission ab 1989 einen Jahresbericht über die im Zusammenhang mit den Nummern 1 und 2 erzielten technischen Fortschritte, einschließlich — soweit möglich — statistischer Angaben vorzulegen ;
- IV. den Mitgliedstaaten, sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, daß die Ziele der Empfehlung durch entsprechende Mithilfe auf ihrem Hoheitsgebiet erreicht werden.

Brüssel, den 27. Juni 1990

*Für die Kommission*

Carlo RIPA DI MEANA

*Mitglied der Kommission*

## ANHANG I

## Unter diese Empfehlung fallende Stoffe

Stoffe	Ozonabbaupotential (ODP)
CFC 11	1,0
CFC 12	1,0
CFC 113	0,8
CFC 114	1,0
CFC 115	0,6

## ANHANG II

## Schaumkunststoffindustrie

(1)	(2)	(3)	(4)
1. Polyurethanschaumstoffe			
1.1. Weichschaumstoffe — Blockschaumherstellung	9 692	— 50 %	— 50 % (*)
1.2. Weichschaumstoffe — Formschaumherstellung	6 550	— 50 %	— 80 %
1.3. Hartschaumstoffe — Anwendungen im Haushalt	9 250	— 45 %	— 50 %
1.4. Hartschaumstoffe — Anwendungen im Baugewerbe/in der Industrie	27 950	— 10 %	— 50 %
1.5. Sonstige	6 950	— 25 %	— 65 %
2. Extrudierte Polystyrolschaumstoffe			
2.1. Isolierplatten aus extrudierten Polystyrolplatten	7 000	— 50 %	— 100 %
2.2. Verpackungen aus extrudiertem Polystyrolschaumstoff	6 000	— 100 %	— 100 %
3. Polyolefinschaumstoffe	5 000	— 50 %	— 100 %
4. Phenolharzschaumstoffe	1 600	— 10 %	— 50 %

(1) Verschiedene Zweige der Schaumkunststoffindustrie.

(2) Geschätzte Mittelwerte für die Verwendung von FCKW nach Sektoren in der EWG (1986).

(3) Geschätzte prozentuale Veränderungen bei der Verwendung von FCKW bis Ende 1991 im Vergleich zum Verbrauch von 1986.

(4) Geschätzte prozentuale Veränderungen bei der Verwendung von FCKW bis Ende 1993 im Vergleich zum Verbrauch von 1986.

(\*) Die Industrie hat darauf hingewiesen, daß bis 1993 mit erheblich höheren Einschränkungen zu rechnen ist, doch könnten keine genauen Zahlen angegeben werden.

---

*ANHANG III***Europäische Verbände, die die verschiedenen Zweige der Schaumkunststoffindustrie vertreten**

1. BING : Federation of European Rigid Polyurethane Foam Associations (Vereinigung europäischer Verbände für harte Polyurethanschaumstoffe)
2. CECED : European Committee of Manufacturers of Electrical Domestic Equipment (Europäischer Verband der Hersteller von Elektrohaushaltsgeräten)
3. EPFA : European Phenolic Foam Association (Europäischer Verband für Phenolharzschäume)
4. European Quality Assurance Association of Expanded Polystyrene Foam Manufacturers (Europäischer Verband für die Qualitätssicherung von Schaumstoffen aus geschäumtem Polystyrol)
5. EUROPUR : European Association of Flexible Polyurethane Foam Blocks Manufacturers (Europäischer Verband der Hersteller von Schaumstoffblöcken aus weichem Polyurethan)
6. EUTRAPLAST : Committee of Western European Plastics Converters Associations (Komitee der westeuropäischen Verbände der Kunststoffverarbeiter)
7. EXIBA : European Extruded Polystyrene Insulation Board Associations (Europäische Verbände für Isolierplatten aus extrudiertem Polystyrol)
8. PANAMA INTERNATIONAL : Panel Manufacturers International Association (Internationaler Verband der Plattenhersteller)

---

*ANHANG IV***Verbände der Hersteller von Rohstoffen für die Schaumkunststoffindustrie**

1. EFCTC : European Fluorocarbon Technical Committee (Europäisches Technisches Komitee für Fluorchlorkohlenwasserstoffe)
  2. ISOPA : European Isocyanate Producers Association (Europäischer Verband der Hersteller von Isozyanat)
  3. EPFA : European Phenolic Foams Association (Europäischer Verband für Phenolharzschäume)
-

## EMPFEHLUNG DER KOMMISSION

vom 27. Juni 1990

zur Beschränkung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in der Kälteindustrie der Gemeinschaft

(90/438/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 155,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten hat die Gemeinschaft das Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht unterzeichnet.

Gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten hat die Gemeinschaft das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, unterzeichnet.

Der Rat hat am 14. Oktober 1988 die Entscheidung 88/540/EWG<sup>(1)</sup> über den Abschluß und die Ratifizierung des Wiener Übereinkommens und des Montrealer Protokolls erlassen.

Am 14. Oktober 1988 hat der Rat die Verordnung (EWG) Nr. 3322/88<sup>(2)</sup> zur Durchführung des Montrealer Protokolls auf Gemeinschaftsebene erlassen.

Jüngste wissenschaftliche Untersuchungen haben bestätigt, daß ein Abbau der Ozonschicht bereits in einem gewissen Umfang eingetreten ist und daß sich die beobachteten Veränderungen ganz oder teilweise auf eine erhöhte Belastung der Atmosphäre mit Spurengasen, insbesondere mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen, zurückführen lassen.

Es ist wichtig, daß die Fluorchlorkohlenwasserstoffe in Anhang I und die Halone in allen Bereichen ihrer Verwendung soweit irgend möglich ersetzt werden.

Einige Mitgliedstaaten haben mit Vertretern ihrer Kälteindustrie freiwillige Vereinbarungen über eine schrittweise Verringerung im Hinblick auf eine etwaige Beseitigung der in Anhang I aufgeführten Fluorchlorkohlenwasserstoffe aus diesen Erzeugnissen getroffen.

In der Entschließung des Rates vom 14. Oktober 1988 zur Begrenzung der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen und Halonen<sup>(3)</sup> wird die Kommission aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Gespräche über freiwillige Vereinbarungen auf Gemeinschaftsebene mit allen betroffenen Industriezweigen aufzunehmen, damit in allen Fällen, in denen dies möglich ist, die in Anhang I aufgeführten FCKW und Halone in Erzeugnissen, Geräten oder Arbeitsprozessen ersetzt werden.

Die im Europäischen Ausschuß der Verbände der chemischen Industrie (CEFIC) vertretenen FCKW-Hersteller haben erklärt, daß sie — soweit technisch möglich — die verwendeten FCKW zurückgewinnen und wiederverwerten wollen.

Die Kälteindustrie der Gemeinschaft hat einen Verhaltenskodex<sup>(4)</sup> ausgearbeitet, der den Entwurf, die Aufstellung, die Wartung und die Reparatur von kältetechnischen Geräten sowie die Abfallentsorgung mit dem Ziel der Einschränkung der Emission von FCKW in die Atmosphäre betrifft.

Solange es noch keine alternativen Stoffe mit einem Ozonabbaupotential (ODP) von 0 und umweltverträglichen Eigenschaften auch in anderer Hinsicht gibt, werden die in Ziffer I Nummer 2 genannten Einschränkungen von der kommerziellen Verfügbarkeit und Verwendung alternativen Stoffe abhängen, die ein positives, aber relativ geringes Ozonabbaupotential besitzen.

In einigen Zweigen der Kälteindustrie, wie beispielsweise bei den Kühlanlagen in privaten Haushalten, kann der Verbrauch von kontrollierten Stoffen nur geringfügig eingeschränkt werden, solange noch keine alternativen Kältemittel im Handel erhältlich sind.

Der Ministerrat kam am 2. März 1989 zu dem Schluß, daß der gegenwärtige Umfang der Produktion und Verwendung der unter das Montrealer Protokoll fallenden FCKW so bald wie möglich um mindestens 85 % eingeschränkt werden müsse mit dem Ziel, diese Stoffe schrittweise bis zum Ende des Jahrhunderts vollständig abzuschaffen. Das Montrealer Protokoll müßte entsprechend verschärft werden —

EMPFEHLT:

- I. allen Zweigen der Kälte- und Klimaindustrie in der Gemeinschaft, einschließlich den Herstellern, den Installateuren und den für die Wartung von kälte- und klimatechnischen Anlagen zuständigen Personen, sowie allen Benutzern dieser Anlagen im kommerziellen, industriellen und öffentlichen Sektor,
  1. den Verbrauch der in Anhang I aufgeführten durchhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die in der Kältetechnik als Kältemittel verwendet werden, einzuschränken mit dem Ziel, diese Stoffe schrittweise bis zum Ende dieses Jahrhunderts abzuschaffen;

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. C 285 vom 9. 11. 1988, S. 1.

<sup>(4)</sup> CECOMAF GTI-001: Beschränkung der Fluorchlorkohlenwasserstoffemissionen von Kühlanlagen.

2. den Verbrauch von durchhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen im Vergleich zum Verbrauch 1986 bis Ende 1991 um mindestens 25 % und bis Ende 1993 um mindestens 50 % zu verringern. 1986 lag der Verbrauch der in Anhang I aufgeführten Fluorchlorkohlenwasserstoffe in der Kältetechnik in der Gemeinschaft bei 28 800 Tonnen, gewichtet nach dem Ozonabbaupotential (ODP). Weitere Einschränkungen können anhand der jährlichen Verkaufszahlen für die in Anhang I aufgeführten Stoffe, die die Hersteller in der Gemeinschaft veröffentlichen, überwacht werden ;
3. alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die gebrauchten Kältemittel — dort, wo dies technisch möglich ist — wiederzugewinnen und an die Lieferanten oder an andere geeignete Stellen zurückzuführen ;

II. den in Anhang II aufgeführten Verbänden,

1. sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, daß die Kälteindustrie in der Gemeinschaft die Verwendung kontrollierter Stoffe auf ein Mindestmaß reduziert und die in Ziffer I Nummer 2 genannten Einschränkungen durchführt ;
2. der Kommission ab 1989 einen Jahresbericht über die erzielten Fortschritte im Hinblick auf die obengenannten angestrebten Einschränkungen vorzulegen, der — soweit möglich — auch statistische Angaben enthalten soll ;

III. den Mitgliedstaaten, sich nach besten Kräften darum zu bemühen,

1. in Zusammenarbeit mit ihrer Industrie Anforderungen für die Unterweisung von Bedienungspersonal und Technikern im sicheren Umgang mit Kältemitteln — mit dem Ziel der Ausstellung eines Befähigungsnachweises — festzulegen und auf dem Weg über ihre Fachorgane die beruflichen Qualifikationen des Bedienungspersonals und der Techniker sowie die Fachkompetenz der Betriebe genau festzulegen ;
2. die Forschung und Entwicklung von Ausrüstungen für die Wiedergewinnung von FCKW zu fördern ;
3. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwendung von FCKW-Einwegbehältern schrittweise einzustellen ;
4. die Rückgewinnung und Wiederverwertung zu fördern und die Bemühungen um eine Ausbildung von qualifiziertem Personal zu unterstützen ;
5. daß die Ziele der Empfehlung durch entsprechende Mithilfe auf ihrem Hoheitsgebiet erreicht werden.

Brüssel, den 27. Juni 1990

*Für die Kommission*

Carlo RIPA DI MEANA

*Mitglied der Kommission*

**ANHANG I****Unter diese Empfehlung fallende Stoffe**

Stoff	Ozonabbaupotential
CFC13 (CFC- 11)	1,0
CF2C12 (CFC- 12)	1,0
C2F3C13 (CFC-113)	0,8
C2F4C12 (CFC-114)	1,0
C2F5C1 (CFC-115)	0,6

**ANHANG II**

1. AREA : Air Conditioning & Refrigeration European Association (Europäische Vereinigung für Klima- und Kältetechnik)
  2. CECED : European Committee of Manufacturers of Electrical Domestic Equipment (Europäischer Verband der Hersteller von Elektrohaushaltsgeräten)
  3. CECOMAF : European Committee of Manufacturers of Refrigeration Equipment (Europäisches Komitee der Hersteller von kältetechnischen Anlagen)
  4. RIB : Refrigeration Industry Board (RIB/CECOMAF) (Verband der Kälteindustrie)
-

**RICHTLINIE DER KOMMISSION**

vom 24. Juli 1990

zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 82/471/EWG des Rates über bestimmte Erzeugnisse für die Tierernährung

(90/439/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Richtlinie 82/471/EWG des Rates vom  
30. Juni 1982 über bestimmte Erzeugnisse für die Tierer-  
nährung<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie  
89/520/EWG der Kommission<sup>(2)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In der Richtlinie 82/471/EWG ist vorgesehen, daß deren  
Anhang der Entwicklung der wissenschaftlichen und  
technischen Erkenntnisse ständig angepaßt wird.Die Untersuchung von zwei neuen Erzeugnissen, die zu  
den Gruppen der Proteinerzeugnisse aus Mikroorga-  
nismen und der Aminosäuren gehören, hat ergeben, daß  
diese den Anforderungen der Richtlinie 82/471/EWG  
entsprechen. Infolgedessen ist ihre Verwendung in Futter-  
mitteln unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen.Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Futtermit-  
telausschusses —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN :

*Artikel 1*Der Anhang der Richtlinie 82/471/EWG wird entspre-  
chend dem Anhang zu dieser Richtlinie geändert.*Artikel 2*Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts-  
und Verwaltungsvorschriften, um den Bestimmungen von  
Artikel 1 bis spätestens 30. Juni 1991 nachzukommen.  
Sie unterrichten hiervon unverzüglich die Kommission.*Artikel 3*

Diese Richtlinie ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 24. Juli 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 213 vom 21. 7. 1982, S. 8.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 270 vom 19. 9. 1989, S. 13.

ANHANG

1. Unter 1.4 „Niedere Pilze“ wird eine neue Gruppe mit folgendem Erzeugnis eingefügt:

1	2	3	4	5	6	7
Bezeichnung der Erzeugnisgruppen	Beschreibung des Erzeugnisses	Bezeichnung der ernährungsphysiologisch wirksamen Substanz oder Identität des Mikroorganismus	Nährsubstrat (etwaige Spezifizierungen)	Charakteristika der Zusammensetzung des Erzeugnisses	Tierart	Sonderbestimmungen
„1.4.1. Nebenerzeugnisse aus der Herstellung von Antibiotika durch Fermentation	1.4.1.1. Mycel, flüssiges Nebenerzeugnis aus der Penicillinherstellung, das mit Hilfe von Lactobacillus brevis, Plantarum, Colioides, Sake und Streptococcus lactis zur Inaktivierung des Penicillins siliert und danach erhitzt worden ist	Stickstoffverbindungen Penicillium chrysogenum Stamm ATCC 48271	Verschiedene Kohlenhydrate und ihre Hydrolysate	Stickstoff ausgedrückt in Rohprotein: min. 7 %	Wiederkäuer Schweine	Angaben auf Etikett oder Verpackung des Erzeugnisses — Bezeichnung: „Mycel-Silage aus der Herstellung von Penicillin“ — Stickstoffgehalt ausgedrückt in Rohprotein — Rohaschegehalt — Wassergehalt — Tierart oder Tierkategorie Angaben auf Etikett oder Verpackung von Mischfuttermitteln: Bezeichnung: „Mycel-Silage aus der Herstellung von Penicillin“

2. In Gruppe 3.2 „Lysin“ wird folgendes Erzeugnis eingefügt:

1	2	3	4	5	6	7
Bezeichnung der Erzeugnisgruppen	Beschreibung des Erzeugnisses	Bezeichnung der ernährungsphysiologisch wirksamen Substanz oder Identität des Mikroorganismus	Nährsubstrat (etwaige Spezifizierungen)	Charakteristika der Zusammensetzung des Erzeugnisses	Tierart	Sonderbestimmungen
	„3.2.6. L-Lysinphosphat und seine Nebenerzeugnisse aus der Fermentation mit Brevibacterium lactofermentum, Stamm NRRL B-11470	$[\text{NH}_2(\text{CH}_2)_4\text{-CH}(\text{NH}_2)\text{COOH}] \cdot \text{H}_3\text{PO}_4$	Saccharose, Ammoniak, Fischpreßsaft	L-Lysin: min. 35 % Phosphor: min. 4,3 %	Geflügel Schweine	Angaben auf Etikett oder Verpackung des Erzeugnisses: — „L-Lysinphosphat und seine Nebenerzeugnisse aus der Fermentation“ — Gehalt an L-Lysin und Wasser.“

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1990

**betreffend Ausnahmen von der Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde über die Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft (145. Ausnahmenentscheidung)**

(90/440/EGKS)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3,

gestützt auf die Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde vom 15. Januar 1964 an die Regierungen der Mitgliedstaaten über die Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft (1), zuletzt geändert durch die Empfehlung 88/27/EGKS (2), insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Einige Eisen- und Stahlerzeugnisse mit ganz besonderen physikalischen und chemischen Eigenschaften, die zur Erzeugung bestimmter Waren unentbehrlich sind, werden in der Gemeinschaft nicht oder nicht in genügendem Maße hergestellt. Seit Jahren wird dieser Mangel durch die Gewährung von Zolltarifkontingenten zum Nullzollsatz ausgeglichen. Die Gemeinschaftserzeuger sind immer noch nicht in der Lage, die gegenwärtigen Qualitätsanforderungen der Abnehmer zu erfüllen. Deshalb erweist es sich als notwendig, Kontingente zu eröffnen, um den Bedarf der Abnehmer sicherzustellen.

Die zollbegünstigte Einfuhr dieser Erzeugnisse ist im übrigen nicht geeignet, die Stahlunternehmen der Gemeinschaft, die unmittelbar damit in Wettbewerb stehende Erzeugnisse herstellen, zu schädigen.

Die Zollausssetzung und die Zollkontingente stehen der Verwirklichung der mit der Empfehlung Nr. 1/64 angestrebten Ziele nicht entgegen. Sie wirken sich im Gegenteil günstig auf die Aufrechterhaltung der bisherigen Warenströme zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern aus.

Es liegen somit Sonderfälle handelspolitischer Art vor, die eine Anwendung der Ausnahmebestimmungen gemäß Artikel 3 der Empfehlung Nr. 1/64 rechtfertigen.

Es ist aufgrund Artikel 71 Absatz 3 des Vertrages sicherzustellen, daß die gewährten Zollkontingente nicht zur Deckung des Eigenbedarfs der Industrien im Einfuhrland verwendet werden und die eingeführten Stahlerzeugnisse nicht unverändert nach anderen Mitgliedstaaten wieder ausgeführt werden.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind zu den nachstehend aufgeführten Zollkontingenten gehört worden —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

### Artikel 1

Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, von den sich aus Artikel 1 der Empfehlung Nr. 1/64 ergebenden Verpflichtungen insoweit abzuweichen, als es notwendig ist, um die für die nachstehend aufgeführten Waren geltenden Zollsätze im Rahmen von Zollkontingenten, deren Menge für die betreffenden Mitgliedstaaten angegeben ist, bis zu der jeweils angegebenen Höhe auszusetzen :

KN-Code	Warenbezeichnung	Mitgliedstaaten	Kontingentsmenge (in Tonnen)	Zollsatz (in v. H)
ex 7725 10 91 ex 7226 10 30	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Silicium-Elektrostahl, kaltgewalzt, kornorientiert, mit einer Breite von mehr als 500 mm und von 600 mm oder mehr, mit einer Dicke von mehr als 0,20 mm, jedoch weniger als 0,30 mm, und einem nominalen Unmagnetisierungsverlust von weniger als 1 Watt/kg, ermittelt nach der Epstein-Methode mit einem Strom von 50 Hz und einer Induktion von 1,7 tesla	Benelux Spanien	300 300	0 0

(1) ABl. Nr. 8 vom 22. 1. 1964, S. 99/64.

(2) ABl. Nr. L 15 vom 20. 1. 1988, S. 13.

KN-Code	Warenbezeichnung	Mitgliedstaaten	Kontingentsmenge (in Tonnen)	Zollsatz (in v. H)
ex 7225 10 99	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Silicium-Elektrostahl, kaltgewalzt, nicht kornorientiert, laserbestrahlt, in Rollen von 840 mm x 0,5 mm und mit einem nominalen Unmagnetisierungsverlust, ermittelt nach der Epstein-Methode, von weniger als 1,04 Watt/kg mit einem Strom von 50 Hz und einer Induktion von 1 tesla und von 2,5 Watt/kg mit einem Strom von 50 Hz und einer Induktion von 1,5 tesla	Spanien	300	0

*Artikel 2*

(1) Die Mitgliedstaaten, denen gemäß Artikel 1 Zollkontingente gewährt werden, tragen im Benehmen mit der Kommission für eine nichtdiskriminierende Aufteilung der Zollkontingente unter den Drittländern Sorge.

(2) Sie treffen alle erforderlichen Vorkehrungen, um die Möglichkeit auszuschließen, daß die im Rahmen der Zollkontingente eingeführten Stahlerzeugnisse unverändert nach anderen Mitgliedstaaten wiederausgeführt werden.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Sie gilt vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990.

Brüssel, den 25. Juli 1990

*Für die Kommission*

Frans ANDRIESEN

*Vizepräsident*

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1990

**betreffend Ausnahmen von der Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde über die Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft (146. Ausnahmenentscheidung)**

(90/441/EGKS)

### DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3,

gestützt auf die Empfehlung Nr. 1/64 der Hohen Behörde vom 15. Januar 1964 an die Regierungen der Mitgliedstaaten über eine Erhöhung des Außenschutzes gegenüber Einfuhren von Stahlerzeugnissen in die Gemeinschaft<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Empfehlung 88/27/EGKS<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Einige Eisen- und Stahlerzeugnisse mit ganz besonderen physikalischen und chemischen Eigenschaften, die zur Erzeugung bestimmter Waren unentbehrlich sind, werden in der Gemeinschaft nicht oder nicht in genügendem Maße hergestellt. Seit Jahren wird dieser Mangel durch die Gewährung von Zolltarifkontingenten zum Nullzollsatz ausgeglichen; die Gemeinschaftserzeuger sind immer noch nicht in der Lage, die gegenwärtigen Qualitätsanforderungen der Abnehmer zu erfüllen. Deshalb erweist es sich als notwendig, Kontingente zu eröffnen, um den Bedarf der Abnehmer sicherzustellen.

Die zollbegünstigte Einfuhr dieser Erzeugnisse ist im übrigen nicht geeignet, die Stahlunternehmen der Gemeinschaft, die unmittelbar damit in Wettbewerb stehende Erzeugnisse herstellen, zu schädigen.

Die Zollaussetzung und die Zollkontingente stehen der Verwirklichung der mit der Empfehlung Nr. 1/64 angestrebten Ziele nicht entgegen. Sie wirken sich im Gegenteil günstig auf die Aufrechterhaltung der bisherigen Warenströme zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern aus.

Es liegen somit Sonderfälle handelspolitischer Art vor, die eine Anwendung der Ausnahmebestimmungen gemäß Artikel 3 der Empfehlung Nr. 1/64 rechtfertigen.

Es ist aufgrund Artikel 71 Absatz 3 des Vertrages sicherzustellen, daß die gewährten Zollkontingente nicht zur Deckung des Eigenbedarfs der Industrien im Einfuhrland verwendet werden und die eingeführten Stahlerzeugnisse nicht unverändert nach anderen Mitgliedstaaten wiederausgeführt werden.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind zu den nachstehend aufgeführten Zollkontingenten gehört worden —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, von den sich aus Artikel 1 der Empfehlung Nr. 1/64 ergebenden Verpflichtungen insoweit abzuweichen, als es notwendig ist, um die für die nachstehend aufgeführten Waren geltenden Zollsätze im Rahmen von Zollkontingenten, deren Menge für die betreffenden Mitgliedstaaten angegeben ist, bis zu der jeweils angegebenen Höhe auszusetzen:

KN-Code	Warenbezeichnung	Mitgliedstaaten	Kontingentsmenge (in Tonnen)	Zollsatz (in v. H)
a) ex 7213 50 10	Spezialwalzdraht zur Herstellung von Feder-ventilen, mit einem Durchmesser von 5,5 mm oder mehr, jedoch nicht mehr als 13 mm:	Deutschland	1 200	0
		Benelux	1 380	0
		Frankreich	1 430	0
	Eisen oder nicht legierter Stahl, mit einem Gehalt:			
	— von 0,6 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,7 % Kohlenstoff			
	— von 0,25 % oder weniger Silicium			
	— von 0,5 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,9 % Mangan			
	— von 0,02 % oder weniger Schwefel			
	— von 0,03 % oder weniger Phosphor			
	— von 0,06 % oder weniger Kupfer			

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. 8 vom 22. 1. 1964, S. 99/64.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 15 vom 20. 1. 1988, S. 13.

KN-Code	Warenbezeichnung	Mitgliedstaaten	Kontingentsmenge (in Tonnen)	Zollsatz (in v. H)
b) ex 7227 90 80	andere legierte Stähle mit einem Gehalt : — von 0,6 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,7 % Kohlenstoff — von 0,15 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,3 % Silicium — von 0,6 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,9 % Mangan — von 0,025 % oder weniger Schwefel — von 0,025 % oder weniger Phosphor — von 0,5 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,8 % Chrom — von 0,1 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,25 % Vanadium			
c) ex 7227 90 80	andere legierte Stähle mit einem Gehalt : — von 0,5 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,6 % Kohlenstoff — von 1,2 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 1,7 % Silicium — von 0,4 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,8 % Mangan — von 0,025 % oder weniger Schwefel — von 0,025 % oder weniger Phosphor — von 0,5 % oder mehr, jedoch nicht mehr als 0,8 % Chrom			

(2) Die genannten Erzeugnisse müssen im übrigen den nachstehenden physikalischen Spezifikationen entsprechen :

a) Entkohlung :

Tiefe der Entkohlung im fehlerfreien Werkstoff :

- für Walzdraht unter a) und b) : maximal 0,05 mm,
- für Walzdraht unter c) : maximal 0,07 mm ;

b) Oberflächenbeschaffenheit :

Maximale Tiefe der Fehler (Kratzer, Risse oder Überwalzungen), senkrecht zur Oberfläche gemessen : 0,05 mm ;

c) Nichtmetallische Einschlüsse :

Prüfung durchzuführen gemäß Norm AFNOR (Referenz A 04/106) vom Juli 1972 und Stahl-Eisen-Blatt 1570/71.

Maximaler Richtwert Abbildung 1 : von der Oberfläche bis zu einer Tiefe entsprechend zwei Dritteln des Radius.

Maximaler Richtwert Abbildung 2 : unterhalb einer Tiefe von zwei Dritteln des Radius bis zum Zentrum.

Die angegebenen Werte gelten für alle Arten von Einschlüssen.

*Artikel 2*

(1) Die Mitgliedstaaten, denen gemäß Artikel 1 Zollkontingente gewährt werden, tragen im Benehmen mit der Kommission für eine nichtdiskriminierende Aufteilung der Zollkontingente unter den Drittländern Sorge.

(2) Sie treffen alle erforderlichen Vorkehrungen, um die Möglichkeit auszuschließen, daß die im Rahmen der Zollkontingente eingeführten Stahlerzeugnisse unverändert nach anderen Mitgliedstaaten wiederausgeführt werden.

(3) Die Kontrollen darüber, daß die Waren der vorgeschriebenen besonderen Verwendung zugeführt werden, erfolgt nach den einschlägigen Gemeinschaftsbestimmungen.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Sie gilt vom 1. Juli bis 31. Dezember 1990.

Brüssel, den 25. Juli 1990

*Für die Kommission*

Frans ANDRIESEN

*Vizepräsident*

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**

vom 25. Juli 1990

zur Festlegung der Codes für die Meldung von Viehseuchen

(90/442/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 82/894/EWG des Rates vom  
21. Dezember 1982 über die Mitteilung von Viehseuchen  
in der Gemeinschaft<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Entscheidung 90/134/EWG der Kommission<sup>(2)</sup>, insbe-  
sondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Entscheidung 84/90/EWG<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert  
durch die Entscheidung 89/163/EWG<sup>(4)</sup>, hat die  
Kommission festgelegt, in welcher Form Viehseuchen zu  
melden sind.

Mit der Entscheidung vom 30. Januar 1985<sup>(5)</sup>, zuletzt  
geändert durch die Entscheidung vom 3. April 1990<sup>(6)</sup>,  
hat die Kommission die Codes für die Meldung von  
Viehseuchen festgelegt.

Es sind die den Regionen Spaniens und Portugals sowie  
dem „RVV-Kring“ in den Niederlanden zugewiesenen  
Codes zu berücksichtigen.

Aus Gründen der Klarheit ist die Entscheidung vom 30.  
Januar 1985 daher aufzuheben und ist ein konsolidierter  
Text zu erlassen.

Es ist denselben Erfordernissen Rechnung zu tragen wie  
bereits beim Erlaß der Entscheidung vom 30. Januar  
1985, d.h. die Vertraulichkeit der Angaben ist zu wahren,  
die Angaben müssen anhand eines Datenverarbeitungssy-  
stems übermittelt werden und die Angaben gemäß der  
Richtlinie 80/217/EWG des Rates vom 22. Januar 1980  
über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der  
klassischen Schweinepest<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Richtlinie 87/486/EWG<sup>(8)</sup>, sind mitzuteilen.

Damit die Vertraulichkeit der übermittelten Angaben  
gewahrt bleibt, dürfen die Anhänge dieser Entscheidung  
nicht veröffentlicht werden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinär-  
ausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Im Rahmen des Verfahrens zur Meldung von Vieh-  
seuchen werden die Angaben unter Verwendung der in  
den Anhängen 1 bis 11 dieser Entscheidung vorgese-  
henen Codes übermittelt.

*Artikel 2*

Die Entscheidung der Kommission vom 30. Januar 1985  
wird aufgehoben.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung gilt ab 1. August 1990.

*Artikel 4*

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 25. Juli 1990

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1982, S. 58.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 76 vom 22. 3. 1990, S. 23.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 50 vom 21. 2. 1984, S. 10.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 61 vom 4. 3. 1989, S. 49.

<sup>(5)</sup> Nicht veröffentlicht.

<sup>(6)</sup> Nicht veröffentlicht.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 47 vom 21. 2. 1980, S. 11.

<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 280 vom 3. 10. 1987, S. 21.